

Pressemitteilung

Nr. 153/2025

Flensburg, 16.07.2025

Flensburger Bahnanbindung: Wirtschaftsausschuss bringt Innenstadtstrecke und Fernhalt Weiche auf den Weg

Der Wirtschaftsausschuss hat heute einstimmig den Weg für zwei zentrale Bahnprojekte in Flensburg freigemacht. Dazu erklärt die verkehrspolitische Sprecherin der SSW-Landtagsfraktion, Sybilla Nitsch:

„Das ist ein verkehrspolitischer Durchbruch für Flensburg. Erstmals liegt ein klarer Auftrag an die Landesregierung vor, die Innenstadtstrecke zum ZOB ernsthaft zu prüfen - samt realistischer Taktungen, Gleislayout, Fahrgastpotenzial und Umweltaspekten. Gleichzeitig wird auch der Fernzughalt in Flensburg-Weiche mit konkreten Arbeitsaufträgen hinterlegt. Damit kommt nach Jahrzehnten Stillstand endlich Bewegung in die Sache.“

Der Ausschuss hat beschlossen, dass die Landesregierung gemeinsam mit der Stadt Flensburg eine Machbarkeitsstudie für die Reaktivierung der Bahnstrecke zum ZOB auf den Weg bringt. Parallel dazu soll mit der Stadt über die Umsetzung und Finanzierung des Fernverkehrshalts in Weiche verhandelt werden. Flensburg hat dazu bereits eine Kostenbeteiligung signalisiert.

„Dass diese Projekte nun gemeinsam politisch angepackt werden, ist ein starkes Signal für die Region. Flensburg braucht bessere Anbindungen - im Nah- wie im Fernverkehr, auch mit Blick auf den Grenzraum. Es ist ein Erfolg, der nicht nur Flensburg nützt, sondern das gesamte deutsch-dänische Grenzland stärkt - und damit auch die Anbindung an Skandinavien verbessert“, betont Nitsch.

"Ich freue mich, dass es gelungen ist, zunächst CDU und Grüne und im heutigen Verlauf auch SPD und FDP für unseren Vorstoß zu überzeugen und dieses so wichtige Anliegen einstimmig auf den Weg zu bringen", so Nitsch.

Darüber hinaus fordert die SSW-Verkehrspolitikerin mehr Engagement des Landes gegenüber dem Bund:

„Der Bund trägt die Verantwortung für die Infrastruktur im Schienenfernverkehr. Es reicht nicht, sich auf Marktmechanismen zu verlassen, wenn ganze Regionen wie Flensburg faktisch vom Fernverkehr abgekoppelt werden. Die Politik muss dafür sorgen, dass auch Städte jenseits der Metropolen wieder Anschluss bekommen - und zwar nicht irgendwann, sondern jetzt.“